

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/1419**

Finanzministerium
des Landes
Schleswig-Holstein



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Staatssekretär

Herrn Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen
Landtages
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag			
27.10.2010 08:55			
Expl.:	1	Anf.:	2
LP	L	L1	L2 L3

28. Oktober 2010

**Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für das
III. Vierteljahr des Haushaltsjahres 2010**

Sehr geehrter Herr Präsident,

anliegend übersende ich gemäß Artikel 52 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in Verbindung mit § 37 Abs. 6 und § 38 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung zwei Ausfertigungen der Nachweisung über Einwilligungen in über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im Zeitraum vom 01. Juli bis zum 30. September 2010.

Mit freundlichen Grüßen

Olaf Bastian

Dr. Olaf Bastian

Anlagen: - 2 -

Kiel, 25. Oktober 2010

Nachweisung

- I. über überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben
gemäß § 37 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung
- II. über Genehmigungen gemäß § 116 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung
- III. über überplanmäßige und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen
gemäß § 38 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung

in der Zeit vom

01. Juli bis 30. September 2010

I. Übersicht

Über überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben einschließlich der Vorgriffe und ihre Begründung
(§ 37 Abs. 1 LHO)

KAPITEL Titel	Funk- tion	Haushaltssoll für 2010	Betrag der überplanmäßigen, außerplanmäßigen Ausgaben und der Vorgriffe	ZWECKBESTIMMUNG Begründung Deckung	Einwilligungserlass des Finanzministeriums Aktenzeichen Datum
1	2	3	4	5	6
0101				Einzelplan 01 Landtag	
684 02	019	697.500,--	277.700,--	Landtag Leistungen nach §§ 19 und 20 Parteiengesetz Mehrbedarf für gesetzliche Leistungen nach §§ 19 und 20 Parteiengesetz. Teilweise Deckung durch Minderausgaben bei Titel 0101 - 534 06 (MG 06) in Höhe von 100.000,-- €. Nicht gedeckt 177.700,-- €. 01 Enquete-Kommissionen und Sonderausschüsse	VI 213 - H 6100 - 219 vom 01.07.2010
526 98	011	28.600,--	28.600,--	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä. Mehrbedarf für die Beratung des Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode zur Erfüllung des Untersuchungsauftrages in spezifisch bank- und finanzmarkt-technischen Fragestellungen. Nicht gedeckt. Nachrichtlich: Bereits erteilte Einwilligung im 1. Vj. = 28.600,-- €. 02 Leistungen an Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebene	VI 213 - H 6100 - 213 vom 08.07.2010
411 01	011	7.194.300,--	2.955.400,--	Entschädigung der Abgeordneten sowie Übergangsgelder an ausgeschiedene Abgeordnete Mehrbedarf für gesetzliche Leistungen nach § 6 Abs. 1 und 2 Abgeordnetengesetz. Nicht gedeckt.	VI 213 - H 6100 - 224 vom 06.07.2010

KAPITEL Titel	Funk- tion	Haushaltssoll für 2010 €	Betrag der überplanmäßigen Ausgaben und der Vorgriffe €	ZWECKBESTIMMUNG Begründung Deckung	Einwilligungserlass des Finanzministeriums Aktenzeichen Datum
1	2	3	4	5	6
(0101) 411 03	011	4.392.300,--	820.500,--	Altersentschädigung und Versorgungsabfindung an ausgeschiedene Abgeordnete sowie Hinterbliebenenversorgung (altes Recht), Altersversorgung (neues Recht), Überbrückungsgeld Mehrbedarf für gesetzliche Leistungen nach § 17 Abgeordnetengesetz. Nicht gedeckt.	VI 213 - H 6100 - 225 vom 06.07.2010
411 05	011	745.300,--	280.700,--	Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Mehrbedarf für gesetzliche Leistungen nach § 9 Abs. 1 Abgeordnetengesetz. Nicht gedeckt.	VI 213 - H 6100 - 226 vom 06.07.2010
684 06	011	1.347.000,--	3.000,--	05 Fraktionsmittel An die CDU-Fraktion Mehrbedarf für gesetzliche Leistungen nach § 6 Abs. 2 Fraktionsgesetz. Nicht gedeckt.	VI 213 - H 6100 - 220 vom 12.07.2010
684 08	011	605.000,--	327.000,--	An die FDP-Fraktion Mehrbedarf für gesetzliche Leistungen nach § 6 Abs. 2 Fraktionsgesetz. Teilweise Deckung durch Minderausgaben bei Titel 0101 - 684 05 (MG 05) in Höhe von 57.000,-- €. Nicht gedeckt 270.000,-- €.	VI 213 - H 6100 - 221 vom 12.07.2010
684 09	011	312.500,--	221.600,--	An die Abgeordneten des SSW Mehrbedarf für gesetzliche Leistungen nach § 6 Abs. 2 Fraktionsgesetz. Nicht gedeckt.	VI 213 - H 6100 - 222 vom 12.07.2010
684 11	011	605.000,--	305.000,--	An die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Mehrbedarf für gesetzliche Leistungen nach § 6 Abs. 2 Fraktionsgesetz. Nicht gedeckt.	VI 213 - H 6100 - 223 vom 12.07.2010
684 12	011	1,--	105.700,--	An die Fraktion DIE LINKE Weiterer Bedarf für gesetzliche Leistungen nach § 6 Abs. 2 Fraktionsgesetz. Nicht gedeckt. Nachrichtlich: Bereits erteilte Einwilligung im 1. Vj. = 510.000,-- €.	VI 213 - H 6100 - 224 vom 12.07.2010

KAPITEL Titel	Funk- tion	Haushaltssoll für 2010 €	Betrag der überplanmäßigen, außerplanmäßigen Ausgaben und der Vorgriffe €	ZWECKBESTIMMUNG Begründung Deckung	Einwilligungserlass des Finanzministeriums Aktenzeichen Datum
1	2	3	4	5	6
				Einzelplan 04 Innenministerium	
0410				Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	
443 02	042	9.091.000,--	2.000.000,--	Heilfürsorge und Sonderkuren Mehrbedarf für die Kosten der Heilfürsorge aufgrund von Rechtsansprüchen nach dem Landesbeamtenengesetz. Nicht gedeckt.	VI 212 - H 6450 - 391 vom 23.09.2010
511 64	042	400.000,--	259.000,--	64 Fahndung, Personen- und Zeugenschutz Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und der Fahndung. Die Polizeidienststellen führen die Aufgabe auf Antrag der Staatsanwaltschaft und auf Anordnung des Gerichts durch. Deckung durch Minderausgaben bei Titel 0410 - 633 01.	VI 212 - H 6401 - 391 vom 19.03.2010
526 64	042	57.000,--	100.000,--	Personen- und Zeugenschutz Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und der Fahndung. Die Polizeidienststellen führen die Aufgabe auf Antrag der Staatsanwaltschaft und auf Anordnung des Gerichts durch. Deckung durch Minderausgaben bei Titel 0410 - 633 01.	VI 212 - H 6401 - 391 vom 19.03.2010
0416				Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	
681 02	233	56.500.000,--	24.200.000,--	Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen Mehrbedarf für die Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen (kommunalen Wohngeldbehörden) aufgrund von Rechtsansprüchen nach dem Wohngeldgesetz. Teilweise Deckung durch Mehreinnahmen in Höhe von 12.100.000,-- € bei Titel 0416 - 231 01. Nicht gedeckt 12.100.000,-- €.	VI 212 - H 6401 - 391 vom 09.08.2010

KAPITEL Titel	Funk- tion	Haushaltssoll für 2010 €	Betrag der überplanmäßigen, außerplanmäßigen Ausgaben und der Vorgriffe €	ZWECKBESTIMMUNG Begründung Deckung	Einwilligungserlass des Finanzministeriums Aktenzeichen Datum
1	2	3	4	5	6
0614				Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	
683 73	291	2.450.000,--	5.000.000,--	Verkehrswesen 73 Fahrgelderstattungen für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr An private Unternehmen Mehrfachbedarf, da viele Verkehrsunternehmen ihre Anträge auf Fahrgelderstattung bis zum 31.12. jeden Jahres für das Vorjahr stellen. Aufgrund der zum Antragszeitpunkt noch nicht erfolgten endgültigen Einnahmeverteilung im Schleswig-Holstein -Tarif wurden in den vergangenen Jahren nur vorläufige Bescheide erteilt, die teilweise in 2010 end- abgerechnet werden. Bei den Fahrgelderstattungen für die Beförderung Schwerbehinderter im ÖPNV handelt es sich um einen gesetzlichen Anspruch gemäß § 148 SGB IX. Teilweise Deckung durch Minderausgaben bei Titel 0620 - 685 06 (MG 06) in Höhe von 1.500.000,-- €. Nicht gedeckt 3.500.000,-- €.	VI 213 - H 6601 - 271 vom 26.07.2010

KAPITEL Titel	Funk- tion	Haushaltssoll für 2010 €	Betrag der überplanmäßigen, außerplanmäßigen Ausgaben und der Vorgiffe €	ZWECKBESTIMMUNG Begründung Deckung	Einwilligungserlass des Finanzministeriums Aktenzeichen Datum
1	2	3	4	5 Einzelplan 07 Ministerium für Bildung und Kultur	6
0710				Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung	
633 01	127	1.186.000,--	180.000,--	Schulkostenbeiträge an die Träger von Landesberufsschulen und Bezirks- fachklassen in S.-H. für Berufsschüler/-innen anderer Bundesländer Mehrbedarf infolge der Aufnahme des Ausbildungsberufs "Fotomedienfachmann/Foto- medienfachfrau" in die Liste der anerkannten Ausbildungsberufe, für welche länder- übergreifende Fachklassen eingerichtet werden, erhöhter Schulkostenbeiträge sowie gestiegener Schülerzahlen. Deckung durch Minderausgaben bei Titel 0711 - 422 01.	VI 223 - H 6701 - 458 vom 25./27.08.2010
681 02	291	20.200,--	1.500,--	Unfallrenten u.ä. bei Schülerunfällen Mehrbedarf für den Ersatz von Aufwendungen in Folge eines Schulinfalls (Amts- haftanspruch). Deckung durch Minderausgaben bei Titel 0710 - 633 04.	VI 223 - H 6701 - 459 vom 12.08.2010
527 21	129	64.000,--	10.000,--	Nachrichtlich: Bereits erteilte Einwilligung im 1. Vj. = 700,-- €. 02 Lehramtsprüfungen Reisekostenvergütungen Mehrbedarf infolge gestiegener Anmeldungen für staatliche Lehramtsprüfungen und aufgrund des Wegfalls der Regionalseminare. Deckung durch Minderausgaben bei Titel 0710 - 633 04.	VI 213 - H 6701 - 460 vom 12.08.2010
0740				Kulturförderung	
631 01	189	151.000,--	151.000,--	Erstattung von Mitteln aus der Zonenrandförderung Bedarf für die Rückzahlung einer Bundeszuwendung einschließlich Zinsen aus dem ehemaligen Zonenrandförderungsprogramm für die Ostseehalle Kiel. Deckung durch Minderausgaben bei Titel 0711 - 422 01.	VI 223 - H 6701 - 461 vom 06.08.2010

KAPITEL Titel	Funk- tion	Haushaltssoll für 2010 €	Betrag der überplanmäßigen außerplanmäßigen Ausgaben und der Vorgriffe €	ZWECKBESTIMMUNG Begründung Deckung	Einhilfungsseffekt des Finanzministeriums Aktenzeichen Datum
1	2	3	4	5	6
1003				Einzelplan 10 Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	
863 03	247	20.000,--	7.200,--	Landesamt für soziale Dienste Darlehen im Rahmen der Kriegsofopferfürsorge und aus dem Bereich der Nebengesetze Mehrbedarf für Darlehen im Rahmen der Kriegsofopferfürsorge gemäß § 27 d Bundesversorgungsgesetz. Deckung durch Minderausgaben bei Titel 1003 - 681 01.	VI 226 - H 7001 - 224 vom 18.09.2010
1012				Kinder, Jugend, Familie, Senioren, Bürgergesellschaft/Landesjugendamt	
632 01	276	120.300,--	5.500,--	Kosten der "Gemeinsamen Zentralen Adoptionsstelle (GZA)" Mehrbedarf der Gemeinsamen Zentralen Adoptionsstelle (GZA) gemäß § 13 Adoptionsvermittlungsgesetz und gemäß vertraglicher Vereinbarung mit Bremen, Hamburg und Niedersachsen. Deckung durch Minderausgaben bei Titel 1012 - 535 02 (MG 02).	VI 226 I.V. H 1299 vom 13.08.2010

KAPITEL Titel	Funk- tion	Hausaltssoll für 2010 €	Betrag der überplanmäßigen, außerplanmäßigen Ausgaben und der Vorgriffe €	ZWECKBESTIMMUNG Begründung Deckung	Einwilligungserlass des Finanzministeriums Aktenzeichen Datum
1	2	3	4	5	6
1111				Einzelplan 11 Allgemeine Finanzverwaltung	
681 06	012	420.000,-	151.500,-	Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben 01 Schadensersatz und Erstattungen wegen Unfällen mit Fahrzeugen, deren Halter das Land ist, einschließlich der Gerichts- und ähnlichen Kosten Schadensersatzleistungen wegen Unfällen mit landeseigenen Fahrzeugen außerhalb des Gemeinschaftsaufwandes Mehrbedarf durch überdurchschnittlich hohe und in der Schadenshöhe nicht abzusehende Schadensersatzleistungen infolge Verletzung und Tötung Fremugeschädigter sowie aus erhöhten Unfallzahlen aufgrund des langen Winters 2009/2010. Deckung durch Minderausgaben bei Titel 1106 - 441 11 (MG 01).	VI 205 vom 23.09.2010

KAPITEL Titel	Funk- tion	Haushaltssoll für 2010 €	Betrag der überplanmäßigen, außerplanmäßigen Ausgaben und der Vorgriffe €	ZWECKBESTIMMUNG Begründung Deckung	Einwilligungserlass des Finanzministeriums Aktenzeichen Datum
1	2	3	4	5	6
1314				Einzelplan 13 Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	
811 01	512		4.100,--	Forstwirtschaft, Jagd Erwerb von Fahrzeugen Weiterer Bedarf für die bereits in 2010 erforderlich gewordene Ersatzbeschaffung eines geländegängigen Fahrzeugs für Dienstfahrten im Wald aufgrund unplanmäßiger Aussonderung (Prüfbericht/Aussonderungsgutachten des Innenministeriums vom 03. März 2010). Deckung durch Minderausgaben bei Titel 1314 - 527 01 (MG 02). Nachrichtlich: Bereits erteilte Einwilligung im 2. Vj. = 22.500,-- €.	VI 225 - H 1299 vom 30.08.2010
II. Genehmigungen gemäß § 116 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung Genehmigungen sind im III. Vierteljahr 2010 nicht erteilt worden.					

Zusammenstellung

9

Epl.	Geschäftsbereich	I. Einwilligungen gemäß § 37 Abs. 1 LHO		II. Genehmigungen gemäß § 116 (2) LHO	Summe I. und II
		überplanmäßig €	außerplanmäßig €	€	€
1	2	3	4	5	6
	<u>III. Vierteljahr 2010</u>				
01	Landtag	5.219.500,--	105.700,--	--	5.325.200,--
02	Landesrechnungshof	--	--	--	--
03	Ministerpräsident/Staatskanzlei	--	--	--	--
04	Innenministerium	26.559.000,--	--	--	26.559.000,--
05	Finanzministerium	--	--	--	--
06	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	5.000.000,--	--	--	5.000.000,--
07	Ministerium für Bildung und Kultur	191.500,--	151.000,--	--	342.500,--
09	Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration	--	--	--	--
10	Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	12.700,--	--	--	12.700,--
11	Allgemeine Finanzverwaltung	151.500,--	--	--	151.500,--
12	Hochbaumaßnahmen des Landes	--	--	--	--
13	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	--	4.100,--	--	4.100,--
	Summe III. Vierteljahr 2010	37.134.200,--	260.800,--	--	37.395.000,--
	Gedeckt durch:				
1.	Einnahmen und Mehreinnahmen	12.100.000,--	--	--	12.100.000,--
2.	Einsparungen bei Ausgabeansätzen	2.371.700,--	155.100,--	--	2.526.800,--
3.	Vorgriff auf Ausgaben 2011	--	--	--	--
	Summe III. Vierteljahr 2010	14.471.700,--	155.100,--	--	14.626.800,--
	Nicht gedeckt:				
	Summe III. Vierteljahr 2010	22.662.500,--	105.700,--	--	22.768.200,--
	Nachrichtlich:				
	Vorgriffe auf Ausgaben des Haushalts 2011				
	Summe III. Vierteljahr 2010	--	--	--	--

III. Übersicht

über überplanmäßige und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen und ihre Begründung
(§ 38 Abs. 1 LHO)

KAPITEL Titel	Funk- tion	Fälligkeit im Haushalts- jahr	Veranschlagte Verpflichtungs- ermächtigungen 2010 €	Betrag der überplanmäßigen und außerplanmäßigen Verpflichtungen €	ZWECKBESTIMMUNG Begründung Deckung	Einwilligungserlass des Finanzministeriums Aktenzeichen Datum
1	2	3	4	5	6	7
1111					Einzelplan 11 Allgemeine Finanzverwaltung Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben	
883 02	129	2011	---	32.041.000,--	03 Finanzhilfen nach Art. 104b GG für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder Zuweisungen an Kommunen für Investitionen im Bereich Bildung (K) Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen zur Erfüllung der Rechtsverpflichtungen aus der Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund und den anderen Ländern zur Durchführung des Zukunftsinvestitionsgesetzes. Deckung durch Nichtinanspruchnahme bei Titel 0620 - 682 25 (MG 02) Nachrichtlich: Die Einwilligung in außerplanmäßige VE vom 23.04.2010 in gleicher Höhe bei Titel 1111 - 883 20 (MG 03) wurde zurückgezogen.	VI 205 vom 15.09.2010

Zusammenstellung der überplanmäßigen
und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen

11

Epl.	Geschäftsbereich Verpflichtung	Insgesamt €	Davon fällig		
			2011 €	2012 €	2013 ff. €
1	2	3	4	5	6
11	<u>III. Vierteljahr 2010</u>				
	Allgemeine Finanzverwaltung				
	Überplanmäßige Verpflichtungen	---	---	---	---
	Außerplanmäßige Verpflichtungen	32.041.000,--	32.041.000,--	---	---
	Summe III. Vierteljahr 2010	32.041.000,--	32.041.000,--	---	---

Deckung durch Nichtanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 06.